

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/4675 –**

### **Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial gestalten**

#### **A. Problem**

Aufforderung an die Bundesregierung, eine kohärente Strategie zur Wärmewende abgestimmt mit den Ländern und Kommunen zu erarbeiten.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.**

#### **C. Alternativen**

Wurden nicht erörtert.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/4675 abzulehnen.

Berlin, den 19. April 2023

**Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie**

**Klaus Ernst**  
Vorsitzender

**Bernhard Herrmann**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Bernhard Herrmann

### I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 20/4675** wurde in der 73. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Dezember 2022 an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Federführung sowie den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 20/4675 stellende Fraktion der CDU/CSU konstatiert, im Klimaschutzgesetz sei festgelegt worden, in Deutschland bis zum Jahr 2045 die Treibhausgasneutralität zu erreichen. Raumwärme, Prozesswärme und Warmwasser machten aktuell etwa die Hälfte des Endenergieverbrauchs in Deutschland aus. Um die Klimaneutralität zu erreichen, sei es daher nötig, die Wärmeversorgung fortzuentwickeln. Die deutliche Steigerung der Energieeffizienz, der beschleunigte netzdienliche Ausbau der erneuerbaren Energien und in großem Umfang auch die Speicherung erzeugter erneuerbarer Energie seien Schlüssel zur Erreichung der Klimaneutralität und zur Reduktion der Abhängigkeit von Energieimporten. Aktuell verfehle die Ampel-Regierung die nationalen Klimaziele im Verkehrs- und Gebäudereich. Die Emissionen des Gebäudesektors im Jahr 2021 hätten die zulässige Jahresemissionsmenge um zwei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente überschritten. Die Überschreitung habe das Umweltbundesamt am 15. März 2022 festgestellt. Das Bundeskabinett habe kein geeignetes Sofortprogramm zum Schließen der Klimalücke verabschiedet. Die Ampel verstoße damit gegen das geltende Klimaschutzgesetz.

Aus diesen und weiteren Gründen fordert die Fraktion der CDU/CSU die Bundesregierung auf, eine kohärente Strategie zur Wärmewende abgestimmt mit den Ländern und Kommunen zu erarbeiten. Die weiteren Forderungen sind dem Antrag auf Drucksache 20/4675 zu entnehmen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4675 in seiner 52. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4675 in seiner 48. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4675 in seiner 47. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 20/4675 in seiner 35. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/4675 in seiner 43. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 20/4675 in seiner 36. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/4675 in seiner 39. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/4675 in seiner 40. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

#### IV. Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Zu der öffentlichen Anhörung zum Antrag auf Drucksache 20/4675, die in der 59. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie am 29. März 2023 stattfand, haben die Sachverständigen schriftliche Stellungnahmen abgegeben, die in der Zusammenstellung auf Ausschussdrucksache 20(25)336 enthalten sind.

Folgende Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

- Helmut Bramann, Hauptgeschäftsführer, Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK)
- Dr. Matthias Dümpelmann, Geschäftsführer, 8KU GmbH
- Jan Peter Hinrichs, Geschäftsführer, Bundesverband energieeffiziente Gebäudehülle e. V. (BuVEG)
- Prof. Dr. Lamia Messari-Becker, Professur Gebäudetechnologie und Bauphysik, Department Architektur, Universität Siegen
- Prof. Dr. Karsten Neuhoff, Abteilungsleiter in der Abteilung Klimapolitik, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)
- Sandra Rostek, Leitung Hauptstadtbüro Bioenergie
- Nadine Schartz, LL.M., Kommunale Spitzenverbände
- Markus Staudt, Hauptgeschäftsführer, Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie e. V. (BDH)
- Dr. Constantin Terton, Abteilungsleiter Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik, Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)
- Dr. Melanie Weber-Moritz, Bundesdirektorin, Deutscher Mieterbund e. V.
- Uta Weiß, Programmleiterin Gebäude und Wärmenetze, Agora Energiewende

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Die Protokolle sowie die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen wurden der Öffentlichkeit über die Homepage des Deutschen Bundestages zugänglich gemacht. Wegen des Inhalts der öffentlichen Anhörung wird auf das Sitzungsprotokoll verwiesen.

#### V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/4675 in seiner 60. Sitzung am 19. April 2023 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** äußerte, dass sich die Koalition intensiv mit der Gebäudeenergieeffizienz und der Wärmewende beschäftige. Heute, während der Sitzung des Ausschusses werde im Kabinett gerade das Gebäudeenergiegesetz beraten. Es sei bekannt, dass in den Sektoren Verkehr und Gebäude besondere Anstrengungen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung unternommen werden müssten. Die Fraktion lege großen Wert darauf, die Menschen mitzunehmen und nicht finanziell zu überfordern. Auch die Technologieoffenheit sei ein wichtiger Aspekt. Das Ziel, dass 65 Prozent der Heizenergie aus erneuerbaren Quellen stammen müssten, solle schnell gesetzlich verankert werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bezeichnete den Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) als eine Mischung aus Verboten und Zwängen. Dagegen setze der eigene Antrag, der im Übrigen seit Monaten vorliege, Anreize, für die es seitens der Sachverständigen in der Anhörung viel Zustimmung gegeben habe. Die Union plädiere für eine „echte“ Technologieoffenheit, während der Kabinettsentwurf des GEG einige Täuschungsmanöver enthalte. Der Antrag fordere eine versorgungssichere, nachhaltige und sozial gestaltete Wärmewende. Die Fraktion forderte eine Überarbeitung des Gesetzentwurfs durch die Berücksichtigung der Vorschläge des Antrags der Fraktion der CDU/CSU.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erwiderte auf die Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU, dass der Kabinettsentwurf des GEG sehr wohl offen sei, diese Offenheit jedoch definiert werde. Auch wer das Schlagwort der Technologieoffenheit benutze, müsse mit begrenzten Ressourcen auskommen. Zudem müssten die begrenzten Ressourcen bezahlbar bleiben. Transformation dürfe nicht wieder bei knappen Ressourcen wie dem Gas ansetzen. Die Industrie habe deutlich gemacht, wieviel Wasserstoff sie brauche. Wasserstoff in Heizungskellern zu verbrennen, lehne die Fraktion ab.

Die **Fraktion der AfD** schloss sich der Kritik der Fraktion der CDU/CSU an. Nach den Plänen der Koalition würden innerhalb kürzester Zeit etwa 60 Millionen Menschen von den Neuregelungen betroffen sein. Die im Moment diskutierten Regelungen seien vollkommen unrealistisch. Der Antrag der CDU/CSU beinhalte viele richtige Aspekte. Allerdings seien die Ausführungen zur Geothermie zu kritisieren. Wer Geothermie nutzen wolle, müsse zunächst die Haftungsfrage klären. Es sei faktisch unmöglich nachzuweisen, dass ein Schaden am Haus durch Geothermie verursacht worden sei. Eine solche Beweislast könnten normale Hausbesitzer nicht tragen.

Die **Fraktion der FDP** setzte sich für eine Wärmewende der Technologieoffenheit und der Vielfalt ein. Der Markt biete bereits vielfältige Lösungen, wie man klimaneutral heizen könne. Darüber hinaus fühlten sich die Freien Demokraten dem Eigentum der Menschen verpflichtet. Die Lösungen müssten kostengünstig und steuerzahlergeld-effizient sein. Was die Geothermie betreffe, so werde sich die Koalition um gewisse Risiken kümmern. Wer die Erkundung und Exploration der Geothermie pragmatisch angehe, komme auch voran, ohne Ängste zu schüren.

Die **Fraktion DIE LINKE**. erklärte, der Antrag der CDU/CSU enthalte viele gute Aspekte: Sektorkopplung, Ausbau der Verteilnetze, Reduzierung des Eigenbedarfs, energetische Sanierung, Dekarbonisierung, Ausbau der Fern- und Nahwärmenetze, sozialverträgliche Sanierung. Aber: Der Antrag enthalte in der Einleitung auch die Einschränkung „im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel“. Angesichts dieser Einschränkung würden alle aufgestellten Forderungen unglaublich. Sie bezweifelte auch die Forderung, Wasserstoff als Heizmittel vorzusehen. Dies sei energetisch unklug. Auch die Forderung, bei der Verbrennung von Holz die Feinstaubgrenzwerte auszusetzen, sei aus gesundheitlicher Sicht der völlig falsche Weg.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 19. April 2023

**Bernhard Herrmann**  
Berichterstatter





